

Dr. Rolf Hartl, Präsident Schweizerischer Energierat und Erdöl-Vereinigung

Die Kernenergie ist angezählt, aber nicht k. o.

Nur ganz wenige Länder haben sich bisher für einen Ausstieg aus der Kernenergie ausgesprochen. Ausserhalb von Deutschland, der Schweiz, Italien und Venezuela wird der Option Kernenergie in zahlreichen Ländern nach wie vor Potenzial eingeräumt. Trotz dem Unfall in Fukushima ist kein globaler Trend weg von der Kernenergie feststellbar.

Mit der Nuklearkatastrophe in Fukushima sind neun Monate verstrichen. In dieser Zeit hat sich die politische Schweiz der «Energiewende» und dem Ausstieg aus der Kernenergie verschrieben. Bereits lässt sich auch der Ruf nach dem «doppelten Ausstieg», nämlich aus den nuklearen und den fossilen Energien, vernehmen. Ob und wann all dies umgesetzt werden wird, dürfte eine viel offenere Frage sein, als dies von der offiziellen Energiepolitik des Bundes suggeriert wird. Denn nur schon der internationale Blick auf die Lage der Kernenergie zeigt, dass der schweizerische Ausstiegsentscheid – zwar nicht gerade einmalig, aber dennoch – ein Solitär ist, über dessen wahren Wert erst die Zukunft eine Antwort bereithält.

In Vergessenheit geraten

Der Weltenergierat (WEC) hat vor kurzem untersucht, welchen Einfluss Fukushima auf die Energiepolitik der rund 30 Staaten konkret hatte, in denen die Kernenergie zum Einsatz kommt. Unbestritten war unter den Befragten die Feststellung, dass in den Jahren vor Fukushima die Akzeptanz für Nuklearenergie vor allem in den westlichen Staaten wieder zu wachsen begann – Tschernobyl geriet in Vergessenheit. Vor dem 11. März 2011 neigte etwa die Schweizer Energiepolitik (mindestens in ihrer Mehrheit) zu einer Kernenergie freundlichen Haltung, ähnlich positiv war die Haltung der deutschen Koalitionsregierung, wenn auch weniger ausgeprägt als bei uns.

In den vergangenen zehn Jahren war der Beitrag der Kernenergie am weltweiten Energiemix einigermaßen konstant, die Renaissance der Kernkraft schlug sich noch nicht in der globalen Energiebilanz nieder. Im Bau waren zum Zeitpunkt von Fukushima 27 Reaktoren in China, 11 in Russland, 5 in Südkorea und 6 in Indien. Der tragische Unfall veranlasste diese Staaten nicht, ihre konkreten Neubauprojekte auf Eis zu legen oder davon ganz

Abstand zu nehmen. Ebenso wenig ist laut der WEC-Untersuchung eine Absetzbewegung in der überwältigenden Mehrheit der übrigen Länder festzustellen, in denen die Kernkraft genutzt wird. Dabei gibt es keinen nennenswerten Unterschied zwischen demokratisch und autoritär organisierten Staaten oder zwischen Europa und dem Rest der Welt. So hat Fukushima weder die Haltung der Regierung Obama noch die der Regierung Cameron – ganz zu schweigen von der französischen – entscheidend geändert.

Aber auch andere westliche Länder springen explizit nicht von der Kernenergie ab (Belgien, Finnland, die Niederlande, Polen, Rumänien, Russland, Spanien, Schweden, die Slowakei, Tschechien, Ungarn). Das ist umso bemerkenswerter, als in vielen Staaten der Alten und der Neuen Welt die Mentalität des «Not in my backyard» weit verbreitet ist und die Politik gegenüber «Grassroots»-Bewegungen normalerweise sensibel reagiert. Man darf sich mit Fug die Frage stellen, welches die Gründe für diese spezifisch angelsächsische Gelassenheit sind, wie sie auch nach dem BP-Unfall im Golf von Mexiko deutlich geworden ist.

Und ähnlich wie nach Tschernobyl ist auch in der grundsätzlichen Haltung der Regierung des Landes, in dem die Katastrophe stattgefunden hat, keine radikale Richtungsänderung auszumachen. Erst recht wird die nukleare Gretchenfrage in den boomenden Schwellenländern östlich von Suez nicht gestellt (Indien, China, Südkorea). Das nüchterne Fazit: Es ist nicht einzusehen, weshalb in diesen rund 25, die Kernkraft bejahenden Staaten mit zunehmender zeitlicher Distanz zu Fukushima ein Umschwung in Richtung Ausstieg erfolgen sollte. Das Lager der Ausstiegswilligen beschränkt sich auf eine kleine, politisch mehr als heterogen zusammengesetzte Gruppe von vier Staaten, nämlich Deutschland, die Schweiz, Italien und Venezuela.



Kernenergiepolitik nach dem Unfall in Fukushima in Ländern, die Kernenergie nutzen oder künftig nutzen wollen (Stand 1. Februar 2012)

Ersatz/Ausbau des bestehenden Kernkraftwerksparks

Festhalten an Neubauprojekten (Länder mit Kernkraftwerken in Betrieb)¹ Argentinien, Armenien, Brasilien, Bulgarien, China, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Indien, Iran, Kanada, Niederlande, Pakistan, Rumänien, Russland, Schweden, Slowakei, Slowenien, Südafrika, Südkorea, Taiwan², Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, USA

Neueinsteiger

Festhalten an Bauprojekten (Länder ohne Kernkraftwerke in Betrieb) Jordanien, Litauen³, Polen, Saudi-Arabien, Türkei, Vereinigte Arabische Emirate, Vietnam, Weissrussland

Aussteiger

Formeller Ausstiegsbeschluss bzw. Erklärung zum Ausstieg (ohne Laufzeitbeschränkung der bestehenden Anlagen aus politischen Gründen) Schweiz, Spanien

Ausstiegsbeschluss mit Laufzeitbeschränkung der bestehenden Anlagen unabhängig von Sicherheitsaspekten Belgien⁴, Deutschland⁵

Überprüfung der Kernenergiepolitik

Grundlegende Überprüfung des Betriebs der bestehenden Anlagen und der Ausbaupläne Japan

Grundlegende Überprüfung der Pläne für den Neueinstieg Italien⁶, Venezuela

Anmerkungen:

¹ Prüfung der Sicherheitsinstallationen (unter Einbezug der gewonnenen (neuen) Erkenntnisse; mögliche teilweise Änderung der Sicherheitsstandards oder der Genehmigungsverfahren).

² Ausstiegserklärung auf lange Sicht; zuvor Inbetriebnahme der gegenwärtig im Bau befindlichen Kernkraftwerke.

³ Wiedereinstieg nach vorzeitiger Schliessung der bestehenden Kernkraftwerke vom Tschernobyl-Typ.

⁴ Die neue Regierung möchte 3 Kernkraftwerke (von insgesamt 7) bis 2015 stilllegen.

⁵ Sofortige Schliessung von 8 Kernkraftwerken nach dem Fukushima-Ereignis; Ausstieg bis 2022 vorgesehen.

⁶ Wiedereinstiegspläne nach Ablehnung in Referendumsabstimmung gestoppt.

Quelle: Nuklearforum Schweiz

Im Sinn einer politischen Sofortmassnahme hat Deutschland acht Anlagen bereits vom Netz genommen. Weniger radikal mutet die schweizerische Lösung an, die bestehenden fünf Werke bis zum Erreichen ihrer technisch-wirtschaftlichen Alterslimite weiter zu betreiben, wofür der Bundesrat eine Laufzeit von jeweils 50 Jahren angenommen hat. Ob hier bewusst Hintertüren offengehalten werden, lässt sich derzeit nur schwer abschätzen.

Wenig Ausstiegswillige

Eine «Light»-Version der anderen Art bildet Italien, das als Folge des Unglücks aus dem von Berlusconi proklamierten Wiedereinstieg ausgestiegen ist. Und schliesslich verkündete Hugo Chávez bereits in der Woche nach dem 11. März 2011 den Verzicht seines Landes auf den geplanten Bau eines neuen Atomreaktors russischer Provenienz.

Selbstverständlich hinterlässt Fukushima auch in den nuklearfreundlichen Staaten seine Spuren, wie die WEC-Untersuchung klar zeigt. Auch hier besteht eine Parallele zu den Folgen des Unglücks im Golf von Mexiko: Einhellig wird Fukushima zum Anlass genommen, die staatliche Kontrolle im Bereich Sicherheit zu verstärken, sie

(noch) unabhängiger zu machen, strengere Standards zu erlassen und zu deren Durchsetzung mehr finanzielle und personelle Ressourcen einzusetzen. Dabei wird eine internationale Angleichung der Standards auf höherem Niveau als bisher gefordert. Vereinzelt wird der Stärkung der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) das Wort geredet. Ausschlaggebend in den Augen der befragten WEC-Länder bleibt jenseits aller technischen und wirtschaftlichen Fragen indes die Akzeptanz der Kernenergie durch die Öffentlichkeit und daraus abgeleitet die Haltung der politisch Verantwortlichen.

Klarer ist demgegenüber das energiewirtschaftliche Szenarium eines globalen Verzichts auf die Kernenergie, deren Anteil rund 5 Prozent des Welt-Primärenergieverbrauchs beträgt: Erdgas und – in kleinerem Umfang – Biomasse würden den Platz der Kernenergie einnehmen, ferner in stark besonnten Ländern wie etwa Spanien auch Photovoltaik. Alles in allem: Fukushima hinterlässt tiefe Spuren, ein globaler Trend weg von der Kernenergie lässt sich indes nicht feststellen. ■

*Mit freundlicher Genehmigung der NZZ
(NZZ-Ausgabe vom 29. Dezember 2011)*